

OAÖEV-Update Südosteuropa – 2020/09

11. August 2020

Sehr geehrte Mitgliedsunternehmen und Partner des Ost-Ausschusses,

in unserem aktuellen Regionen-Update informieren wir Sie wie gewohnt über die neuesten wirtschaftspolitischen Entwicklungen in Südosteuropa, bieten Ihnen einen Überblick zu kommenden Veranstaltungen und verweisen auf interessante weiterführende Quellen für Informationen. Um auch im direkten Austausch zu bleiben, laden wir herzlich zur kommenden Sitzung des Länderkreises Südosteuropa am 3. September ein, den wir als Videokonferenz organisieren.

Zusammenfassung

Seit Erscheinen des letzten Updates fanden in **Kroatien** und **Nordmazedonien Parlamentswahlen** statt. In Rumänien führte die Regierung Ende Juli das Modell der Kurzarbeit ein und sorgt so dafür, dass Unternehmen trotz aktuell schwieriger konjunktureller Entwicklungen an ihrem Personalbestand festhalten können. Leider beobachten wir in Südosteuropa seit einiger Zeit wieder kontinuierlich **steigende Corona-Fallzahlen** und es kommt in der Region zur Wiedereinführung von Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens, wenngleich diese nicht so radikal ausfallen wie zu Anfang der Pandemie. So werden Alarm- bzw. Gesundheitsausnahmestände in der Regel fortlaufend verlängert. Am 1. Juli übernahm Deutschland die EU- Ratspräsidentschaft. Als eine der größten Herausforderungen gilt die abschließende Verhandlung des *Mehrjährigen Finanzrahmens* (MFR) der Europäischen Union unter deutscher Ratspräsidentschaft. Entsprechend der Entwürfe können Bulgarien, Rumänien, Kroatien und Slowenien mit größeren Summen sowohl aus dem Recovery Fund als auch dem MFR rechnen.

Folgende Themen finden Sie im neuen Update:

- [Wirtschaftspolitik](#)
- [Konjunktur](#)
- [Projekte](#)
- [Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft](#)
- [Termine](#)
- [Tipps & Links](#)
- [Kontakt](#)

Wirtschaftspolitik

In allen **südosteuropäischen Ländern steigen die Corona-Fallzahlen wieder kontinuierlich**. Rumänien führt seit zwei Wochen durchgängig die EU-Liste der Länder mit den meisten Neuinfektionen an – dort wurde der Alarmzustand bis zum 16. August verlängert. Auch im anfangs weniger betroffenen **Bulgarien** bilden sich Hotspots in der Hauptstadt Sofia sowie Blagoevgrad, Varna, Dobrich und Kjustendil. Vor diesem Hintergrund wurde der

Epidemiezustand noch einmal bis zum 31. August verlängert. **Kroatien** und auch **Slowenien** folgen trotz des Neuanstiegs bisher noch dem AHA-Prinzip (Abstand, Hygieneregeln & Alltagsmaske).

In einigen Ländern des Westlichen Balkans kam es allerdings wieder zu regionalen, meist nächtlichen Ausgangssperren in den verhältnismäßig stark betroffenen Städten, die teilweise auch noch anhalten. Am 3. Juli verhängte die Regierung in **Serbien** für Belgrad den Notstand, **Montenegro** erklärte am 21. Juli wieder landesweit den Epidemiezustand und auch in **Bosnien und Herzegowina** weitete das föderale Gesundheitsministerium am 17. Juli den Epidemiezustand, der bisher noch auf verschiedene Kantone beschränkt war, auf das gesamte Gebiet der Entität Föderation Bosnien und Herzegowina aus. In **Kosovo** kam es zeitweise zu Ausgangssperren. **Nordmazedonien** und **Albanien** sahen jedoch bisher von tiefgreifenden Lockdown-Maßnahmen ab. In **Moldau** wurde unterdessen der Gesundheitsnotstand noch bis zum 31. August verlängert. Detaillierte Informationen zum aktuellen Stand von Restriktionen und Lockerungen veröffentlicht der OAOEV in seinem täglich aktualisierten [Corona-Dossier](#).

In **Bulgarien** kommt es seit inzwischen vier Wochen zu Protesten gegen die Regierung unter Boyko Borisov. Die Demonstranten gehen vor allem für Rechtstaatlichkeit und gegen Korruption auf die Straße und fordern vorgezogene Parlamentswahlen. In einem ersten Misstrauensvotum im Parlament am 21. Juli konnte sich Premierminister Boyko Borissov behaupten, dessen dritte Amtszeit noch bis März 2021 andauern würde. Die bulgarische Bevölkerung ist tief gespalten, doch eine Ende Juli durchgeführte Meinungsumfrage von Gallup International zeigt, dass 54 Prozent der Befragten keine vorgezogenen Parlamentswahlen wollen. Mehr Hintergründe zu den andauernden Protesten finden Sie auf [Balkan Insight](#). Eine Analyse, wie sich die aktuellen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach den demokratischen Umbrüchen Anfang der 1990er Jahre entwickelt haben und welche Rolle der fehlende Lustrationsprozess spielt, finden Sie bei [Deutsche Welle](#).

Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen in **Kroatien** am 5. Juli konnte die konservative HDZ einen großen Teil der Wähler hinter sich vereinen und verfügt nun über 66 von insgesamt 151 Sitzen im Parlament. Das prognostizierte Kopf-an-Kopf-Rennen mit den Sozialdemokraten, die 412 Sitze für sich verbuchen können, blieb aus. Die Wahlbeteiligung lag bei 46,9 Prozent. Am 23. Juli wurde Andrej Plenkovic abermals als Ministerpräsident vereidigt. Er führt die Koalition aus der HDZ, zwei liberalen Formierungen und allen acht Minderheiten an und kommt damit auf eine knappe Mehrheit von 76 von 151 Sitzen. In seinem neuen [Regierungsprogramm](#) kündigte Plenkovic an, die Mindestgehälter und Renten anzuheben, soziale Sicherheit zu garantieren, die Anzahl der lokalen Beamten zu halbieren und die landwirtschaftliche Produktion um 30 Prozent zu erhöhen.

Erstmals seit der Namensänderung des Landes fanden am 15. Juli Parlamentswahlen in **Nordmazedonien** statt. Regierung und Opposition hatten sich auf diesen Wahltermin geeinigt, da die ursprünglich für den 12. April geplanten Wahlen Corona-bedingt verschoben werden mussten. Die pro-europäischen Sozialdemokraten (SDSM) des früheren Ministerpräsidenten Zoran Zaev erklärten sich selbst mit einem knappen Vorsprung (36 Prozent bzw. 46 Sitze) zum Wahlsieger. Das Mitte-rechts-Bündnis VMRO-DPMNE kam auf 44 Sitze. Mit 50,8 Prozent fiel die Wahlbeteiligung relativ niedrig aus. Erste Gespräche zur Bildung einer Koalition laufen hinter verschlossenen Türen. Am 14. August muss Präsident Stevo Pendarovski einem Kandidaten für das Amt des Premierministers das Mandat zur

Regierungsbildung übertragen. Dieser Kandidat hat dann 20 Tage Zeit, eine mehrheitsfähige Koalition zu bilden. Zaev versprach bereits am Wahlabend schnelle Reformen, um die am Boden liegende Wirtschaft zu beleben und den Beitrittsverhandlungen mit der EU eine neue Dynamik zu verleihen. Gleichzeitig versucht auch die nur knapp unterlegene VMRO-DPMNE eine Mehrheit im Parlament zu organisieren.

In **Serbien** verkündete Präsident Aleksandar Vucic, dass er nach der Wahl am 21. Juni bis zum 15. August eine Entscheidung über die Regierungsbildung treffen wolle, sodass die neue Regierung bis zum 25. August gebildet werden könne. Vucic holte mit der SNS über 60 Prozent der Stimmen und bräuchte damit nicht unbedingt einen Koalitionspartner.

In **Montenegro** verkündete Präsident Milo Dukanovic den 30. August als Wahltermin für ein neues Parlament und die Kommunalwahl. Die Regierung forcierte seit der letzten Wahl 2016 vielfältige Schritte des Euro-Atlantischen Weges Montenegros, wozu maßgeblich der Beitritt zur NATO im Jahr 2017 zählte. Außerdem konnte im EU-Beitrittsprozess bereits das vorletzte Verhandlungskapitel eröffnet werden.

Auch in **Rumänien** wurden Wahltermine bekannt gegeben. Die Kommunalwahlen werden am 27. September und die Parlamentswahlen im Dezember organisiert werden. Am 31. Juli verabschiedete die rumänische Regierung ein Paket zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Es schafft die Möglichkeiten, die Arbeitszeit den Bedingungen der Arbeitnehmer sowie Arbeitgeber anzupassen und die epidemiologischen Risiken zu verringern. Fußten soll das Kurzarbeitermodell auf dem SURE-Programm zur Finanzierung von Kurzarbeit in der EU, wodurch das Abrechnen von Kosten für bestimmte aktive Maßnahmen zum Erhalt von Arbeitsplätzen und insbesondere der Kurzarbeit durch die EU gesichert ist. Der rumänische Staat unterstützt so noch bis Ende 2020 Betriebe mit Corona-bedingten Umsatzeinbrüchen, indem er 75 Prozent des Bruttogehalts von Arbeitnehmern übernimmt. Auch Selbstständige erhalten Unterstützung. Der Leiter der AHK Rumänien Sebastian Metz ordnet diese Entwicklung für Sie [hier](#) ein.

Außerdem wurde in **Rumänien** am 1. Juli ein **Konjunktur- und Investitionsplan für 2020 bis 2030** zum Übergang in ein neues Wirtschaftsmodell auf den Weg gebracht. Ziel des ambitionierten neuen Wirtschaftsentwicklungsmodells ist es, Konvergenz mit den europäischen Volkswirtschaften zu erreichen und bis 2025 ein BIP von 87 Prozent des EU27-Durchschnitts vorzuweisen. Der Plan umfasst zahlreiche Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft einschließlich nicht erstattungsfähiger Zuschüsse (Grants) für Unternehmen. Mehr Infos gibt es [hier](#).

In **Bosnien und Herzegowina** finden am 4. Oktober Kommunalwahlen statt. Auch in der Kommune Mostar soll erstmals seit zwölf Jahren wieder gewählt werden. Eine Analyse zu den Verhandlungen dazu wie auch zu den Änderungen der Wahlgesetzgebung und zur Frage, welche Rolle diese Wahlen für die demokratische Entwicklung des Landes spielen können, bietet das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung [hier](#).

In **Moldau** geht das Tauziehen zwischen Opposition und Regierung weiter. Wir hatten bereits über die sich wandelnden Mehrheitsverhältnisse im Parlament berichtet. Aktuell muss sich die Regierung unter Ion Chicu auf ein Misstrauensvotum einstellen, das Beobachter für Mitte September erwarten. Das Verfassungsgericht hat in einem aktuellen Urteil entschieden, dass der Präsident einen Premierminister der Opposition berufen muss,

sollte dieser die Mehrheit auf sich vereinigen können. Damit wird Präsident Igor Dodon der Spielraum einen eigenen Wunschkandidaten zu benennen eingeschränkt. Weiterführende Informationen dazu finden Sie auf [Balkan Insight](#).

Um den **Dialog zwischen Pristina und Belgrad** wieder in Gang zu bringen, hat die EU ihre Vermittlungsrolle eingenommen. Erstmals nach 20 Monaten gelang es, den Gesprächsfaden zwischen den Regierungsvertretern beider Staaten wieder aufzunehmen. Serbiens Präsident Aleksandar Vucic und Kosovos Ministerpräsident Avdullah Hoti verabredeten sich am 12. Juli gemeinsam mit dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell und dem EU-Sonderbeauftragten für den Dialog zwischen Belgrad und Pristina und andere regionale Fragen im Westbalkan Miroslav Lajcak zu einer Videokonferenz. Zwei Tage zuvor hatten bereits Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Emmanuel Macron in einem Video-Gipfel zwischen Hoti und Vucic vermittelt. Das ursprünglich für Ende Juni in Washington geplante Treffen der Präsidenten Serbiens und Kosovos musste abgesagt werden. Grund war die vorläufigen Anklage Hashim Thacis vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag.

Konjunktur

Der **EU Recovery Fund 2021 - 2024** soll zusammen mit dem **Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 - 2027** (MFR) angelehnt an Olaf Scholz den großen „europäischen Wumms“ für die durch die Pandemie durchgeschüttelten Volkswirtschaften der EU-Mitgliedsländer bringen – und dies möglichst schnell. Ende Mai hatte die Europäische Kommission ihren Vorschlag unterbreitet. Vom 7. bis zum 11. Juli kam der Europäische Rat zusammen. In zähen Verhandlungen einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf einen Recovery Fund ausgestattet mit 750 Milliarden Euro, zusammengesetzt aus 360 Milliarden Euro Krediten und 390 Milliarden Euro Zuschüssen aus dem Haushalt der EU sowie einen mit 1.074,3 Milliarden Euro ausgestatteten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR).

Entsprechend der Entwürfe können Bulgarien, Rumänien, Kroatien und Slowenien mit größeren Summen sowohl aus dem Recovery Fund als auch dem MFR rechnen. Entsprechend zeigten sich die Regierungschefs zufrieden mit den geplanten nationalen Budgets. Die diskutierten Entwürfe liegen nun beim Europäischen Parlament, das bis Ende des Sommers den Vorschlag des Europäischen Rates debattiert und seine Anmerkungen dann bis Oktober wieder zum Rat zurückspielen wird. Denn anders als beim Recovery Fund kann der Finanzrahmen nur mit Zustimmung der Abgeordneten in Kraft treten. Im Dezember sollen sowohl der Recovery Fund als auch der MFR dann beschlossen und von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden, damit bereits im Januar 2021 die Implementierung beginnen kann.

Für seine Mitglieder organisiert der Ost-Ausschuss am 22. September ein Expertengespräch zum Mehrjährigen Finanzrahmen und dem Recovery Fund, um über weitere Details zu informieren.

Projekte

Die EBRD und die EU vereinen ihre **Maßnahmen, um grüne Energie zu fördern**. Unter anderem sollen die Länder der Östlichen Partnerschaft profitieren, was für Moldau interessant sein könnte. Mehr Infos finden Sie [hier](#).

Die EBRD fördert mit einem neuen Projekt nun die wirtschaftliche Erholung von KMU in Kosovo. Genaueres können Sie [hier](#) nachlesen.

Die Europäische Kommission sucht noch bis zum 29. Oktober nach Vorschlägen für konkrete Projekte, die mit dem neuen [Innovationsfonds der EU](#) gefördert werden können. Im Rahmen dieses ersten Aufrufs stehen eine Milliarde Euro zur Verfügung, bis 2030 sollen es rund zehn Milliarden Euro sein. Mehr Infos gibt es [hier](#).

Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft

Mit dem Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans bieten deutsche Unternehmen jungen Nachwuchskräften aus den Ländern des Westlichen Balkans und Kroatien die Möglichkeit einer praxisorientierten Ausbildung im Rahmen von drei- bis sechsmonatigen Praktika in deutschen Unternehmen in Deutschland.

Für Unternehmen bietet sich mit dem Programm die hervorragende Möglichkeit, ihre zukünftigen Nachwuchskräfte für einen Einsatz in den Tochterunternehmen oder für Partnerunternehmen im Rahmen von Praktika auszubilden und kennenzulernen.

Trotz der schwerwiegenden Auswirkungen der Corona-Pandemie ist es uns gelungen, 57 Stipendiatinnen und Stipendiaten aus mehr als 800 hochqualifizierten und engagierten Bewerbern zu identifizieren. Wir möchten an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, uns für die sehr konstruktive Zusammenarbeit mit den Unternehmen, aber auch dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der GIZ zu bedanken. Unsere Nachwuchskräfte werden ihre Praktika am 1. Oktober 2020 bzw. am 1. Januar 2021 in Deutschland antreten. Diesen vorgeschaltet wird eine Einführungswoche in Berlin mit verschiedenen Vorbereitungs-Workshops und Teambuilding-Aktivitäten in Berlin sein. Unter anderem wird der Schwerpunkt darauf gelegt, wie Praktika möglicherweise im Home Office im Falle einer zweiten Corona-Welle umgesetzt werden können.

Weitere relevante Themen des Stipendienprogramms konzentrieren sich momentan auf

- Aufbau eines Mentoring-Systems innerhalb des Stipendienprogramms
- Weiterführung eines online-basierten Alumniprogramms auf Grund der gegenwärtigen Corona-Entwicklungen in der Region:
 - Online Workshops zu wirtschafts- und gesundheitspolitischen Fragen
 - Online Workshop Reihe zu demokratisch-gesellschaftlichen Prozessen
 - Vorlesungen und Weiterbildungsmaßnahmen zu arbeitsmarktrelevanten Themen wie Robotics, Blockchain, Fintech und Bewerbungsmanagement
 - Q&A Sessions mit Experten zu unterschiedlichen Themen

- Einführung des “Zoran Djindjic IdeaTHON“ mit dem Thema „Paying back to Society“
- Aufbau einer online-basierten Zusammenarbeit mit Unternehmen
- Verstärkung der Zusammenarbeit mit Unternehmen in Deutschland und in den Partnerländern.

Bei Interesse an der Lebenslaufdatenbank und potenziellen Arbeitnehmern in der Region, die bereits in Deutschland ausgebildet wurden, bitten wir interessierte Unternehmen sich direkt an Antje Müller (a.mueller3@bdi.eu) zu wenden.

Termine

- **1. September 2020:** „Cities of tomorrow“; eine Veranstaltung der AHK Bukarest mit Unterstützung des OAOEV; weitere Informationen finden Sie auf unserer Website unter der Rubrik [Termine](#)
- **3. September 2020:** Sitzung des Länderarbeitskreises Südosteuropa mit den Sitzungsteilen zu den Ländern Slowenien, Kroatien, Bulgarien, Rumänien und Moldau sowie den Ländern des Westlichen Balkans **NUR FÜR MITGLIEDER**
- **8. September 2020:** Kick-Off zur Einkaufsinitiative Westbalkan 2020 via Online-Konferenz; Gemeinsam mit den AHK der Länder des Westlichen Balkans führt der BME die sechste Einkaufsinitiative Westbalkan, die der Ost-Ausschuss unterstützt, ab dem 8. September 2020 digital durch. Die B2B Gespräche zwischen deutschen Einkäufern und Lieferanten aus der Region finden in darauf folgenden Wochen online statt, mehr als 260 Lieferanten haben sich um eine Teilnahme beworben. Für Rückfragen und eine Zusendung der Lieferantenliste steht der BME gern zur Verfügung (Kontakt: lisa.immensack@bme.de).
- **22. September 2020:** Expertengespräch - Hintergründe zum Mehrjährigen Finanzrahmen und Wiederaufbaufonds der EU (weitere Details folgen mit der Einladung) **NUR FÜR MITGLIEDER**
- **23. September – 1. Oktober 2020:** Einführungswoche der 17. Generation des Zoran Djindjic Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft
- **24. September 2020:** Empfang zu Ehren der 17. Generation des Zoran Djindjic Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft
- **Oktober 2020:** Beginn der Praktika der 17. Generation des Zoran Djindjic Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft

Tipps & Links

Nachdem Balkan Insight nach anfänglicher Besserung der Infektionslage sein [Corona-Update](#) wieder eingestellt hat, wurde es inzwischen wieder etabliert.

In einem Interview mit Balkan Insight betont die **Botschafterin Susanne Schütz**, Beauftragte für Südosteuropa, die Türkei und die EFTA-Staaten im Auswärtigen Amt, die **Wichtigkeit der Fortführung und des Fortschritts der Beitrittsverhandlungen** unter der Verbesserung von

Rechtsstaatlichkeitsaspekten mit den Staaten des Westlichen Balkans im Zuge der deutschen Ratspräsidentschaft. Den Artikel gibt es [hier](#).

Die EU baut ihre **Unterstützungspakete zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes** und zur Unterstützung in der Pandemie wieder ab. Mehr Infos gibt es [hier](#).

Inwiefern die vom Europäischen Parlament und der Kommission geforderte **Rechtsstaatlichkeitskonditionalität bei der Ausschüttung der EU-Gelder** eine Chance für Europa sein könnte - sofern ein moderater Mittelweg gefunden wird - erörtert die Konrad-Adenauer-Stiftung für Sie [hier](#).

Die Europäische Kommission ruft die Mitgliedsstaaten dazu auf, den **Fond React-EU stärker zu nutzen**. Der Fonds ist Teil des Aufbauplans Next Generation EU und wird sich auf die Unterstützung von Gesundheitssystemen, Arbeitsplätzen und einkommensschwachen Familien sowie auf die finanzielle Unterstützung von KMU konzentrieren. Mehr dazu finden Sie [hier](#).

Am 30. Juni **eröffneten die EU und Montenegro das 33. von 35 Verhandlungskapiteln** in den Beitrittsgesprächen. Mehr dazu gibt es [hier](#).

Die Europäische Kommission legte am 1. Juli ihre **Entwürfe der Verhandlungsrahmen für die Beitrittsgespräche mit Albanien und Nordmazedonien** vor und setzte dabei den Schwerpunkt auf Rechtsstaatlichkeit. Mehr Infos gibt es [hier](#).

Der **Europäische Fonds für strategische Investitionen** (EFSI) in der EU, der 2014 etabliert wurde, hat zusätzliche Investitionen in Höhe von 514 Milliarden Euro angeschoben und damit sein Ziel ein halbes Jahr vor Ablauf der Initiative sogar übertroffen. Mehr dazu [hier](#).

Nachdem zuvor auch andere Länder des Westlichen Balkans von IWF-Kreditlinien profitieren konnten, erhält nun auch **Montenegro** 82,7 Millionen Dollar aus dem Rapid Financing Instrument des IWF. Mehr Infos erhalten Sie [hier](#).

Die Europäische Investitionsbank (EIB) gewährte **Bosnien und Herzegowina** einen weiteren Kredit in Höhe von 11,8 Millionen Euro, um die Route zwischen Tarčin und Ivan an den pan-europäischen Korridor anzuschließen. Mehr Infos erhalten Sie [hier](#).

Mithilfe eines EBRD-Kredits konnte **Kroatien** inzwischen seinen Teil des pan-europäischen Korridors fertigstellen. Mehr dazu gibt es [hier](#).

In jeweils neuen Dossiers beleuchtet die GTAI die aktuelle **wirtschaftliche und konjunkturelle Entwicklung** in [Kroatien](#), [Slowenien](#) und [Serbien](#) im Krisenmodus.

Außerdem liefert die GTAI eine **Analyse der Entwicklung der Lohnkosten** in [Rumänien](#) und in [Bulgarien](#) im Laufe der Krise.

Die „**infodemische**“ **Wirkung des Virus und seinen Einfluss auf die Wirtschaft** der Länder des Westlichen Balkans beschreibt Balkan Insight [hier](#) in einer interessanten Kolumne.

Weitere Hintergrundinformationen zur Arbeit des Ost-Ausschusses und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [LinkedIn](#) und bei [Twitter](#).

Wichtige Quellen mit **aktuellen Informationen** zu den letzten Entwicklungen rund um die einzelnen Länder Südosteuropas sind die Seiten der Auslandshandelskammern und bilateralen Wirtschaftsvereinigungen:

- [Deutsch-Bulgarische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Bosnien und Herzegowina](#)
- [Deutsch-Kroatische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Kosovarisch-Deutsche Wirtschaftsvereinigung \(KDWW\)](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Nordmazedonien](#)
- [Deutsch-Serbische Wirtschaftskammer](#)
- [Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Deutsch-Slowenische Industrie- und Handelskammer](#)

Weiterhin können Sie sich zu den aktuellen Entwicklungen bezüglich des Corona-Virus auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

- Deutsche Botschaft in [Albanien](#)
- Deutsche Botschaft in [Bosnien und Herzegowina](#)
- Deutsche Botschaft in [Bulgarien](#)
- Deutsche Botschaft in [Kroatien](#)
- Deutsche Botschaft in [Kosovo](#)
- Deutsche Botschaft in [Moldau](#)
- Deutsche Botschaft in [Montenegro](#)
- Deutsche Botschaft in [Nordmazedonien](#)
- Deutsche Botschaft in [Rumänien](#)
- Deutsche Botschaft in [Serbien](#)
- Deutsche Botschaft in [Slowenien](#)

Kontakt



Anja Quiring

Regionaldirektorin Südosteuropa
Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft e.V.
German Eastern Business Association
T: +49 30 206 167 130
E: a.quiring@bdi.eu



Antje Müller

Programmdirektorin

Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft e. V.

German Eastern Business Association

T. +49 30 206167-137

E: a.mueller3@bdi.eu



Karen Kümpel

Sekretariat Regionaldirektion Südosteuropa/

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft e. V.

German Eastern Business Association

T. +49 30 206167-131

E: k.kuempel@bdi.eu

Disclaimer zum Haftungsausschluss: Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.